



Konflikte und Krisen

Ukraine: Den Frieden innerhalb der Bevölkerung fördern



Das Projekt wird vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unterstützt.

Die Situation

Seit Frühjahr 2014 dauert der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine an. Gemäß UNHCR sind mittlerweile 1,6 Millionen Menschen Vertriebene im eigenen Land, über eine Million Menschen flohen in die Nachbarländer und 3,4 Millionen benötigen humanitäre Hilfe.

Der Konflikt hat das Land in eine schwere Wirtschaftskrise gestürzt. Die Realeinkommen sind signifikant gesunken, die Lebenshaltungskosten dagegen gestiegen. Die Krise führt zu einem Riss mitten durch die ukrainische Gesellschaft. Erfahren die Vertriebenen am neuen Ort anfangs noch eine große Solidarität, kommt es mittlerweile zunehmend zu Spannungen unter Einheimischen und Vertriebenen. Durch die wachsende Armut und mangelnde Ressourcen bei Wohnraum, Arbeit und Kindergartenplätzen werden die Vertriebenen als Konkurrenz wahrgenommen. Viele berichten über Diskriminierungen. Die lokale Bevölkerung fühlt sich dagegen oft benachteiligt, wenn die Vertriebenen

Unterstützung von Hilfswerken erhalten. Eine Studie der Caritas Ukraine zeigt, dass verschiedene Wahrnehmungen in der Gesellschaft vorherrschen. So werden die Vertriebenen teils als Opfer des Konflikts angesehen, häufig aber auch als Feiglinge oder gar Verräter bezeichnet, da sie sich nicht für ihr Land einsetzen. Politik und Medien fördern in ihrer Berichterstattung teilweise die Stereotypen und Vorurteile.

Das Projekt

Das Projekt leistet auf drei verschiedenen Ebenen einen Beitrag zur Stabilisierung der ukrainischen Gesellschaft. Ganzheitlich gefördert werden sollen das zivilgesellschaftliche Engagement, der Frieden, die Toleranz und Versöhnung wie auch das Verständnis unter der Bevölkerung. Auf individueller Ebene erhalten Betroffene des Konflikts Unterstützung bei der Verarbeitung ihrer Traumata mit Therapieangeboten und psychosozialen Veranstaltungen. Die Männer und Frauen entwickeln dabei eine individuelle Bewältigungsstrategie zum Umgang mit Verlust, Stigma und Diskriminierung. Gleichzeitig wird dadurch das Verständnis für andere gesellschaftliche Gruppierungen gefördert. Auf lokaler Ebene wird die Friedensförderung gestärkt, beispielsweise durch Schulungen und Sensibilisierungen von Pädagoginnen und Pädagogen sowie Sozialarbeitenden, durch Aktivierung der Freiwilligenarbeit und Initiierung lokaler Gruppen, die im Bereich Versöhnung arbeiten. Mit der Anregung zu einem Diskurs über Friedensbildung auf nationaler Ebene tauschen sich schließlich Akteure aus Politik, Kirche, NGO's und anderen Bereichen regelmäßig in Treffen aus.